

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 30. November 1983

am Donnerstag, dem 1. Dezember 1983

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Berschkeit (SPD)	96, 97	Klose (SPD)	54
Dr. Blank (CDU/CSU)	71, 72	Krizsan (DIE GRÜNEN)	5
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	2, 53	Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	26, 98
Breuer (CDU/CSU)	24, 25	Dr. Kübler (SPD)	80, 81
Buckpesch (SPD)	27, 28	Dr. Laufs (CDU/CSU)	55, 56
Catenhusen (SPD)	3, 4	Dr. Miltner (CDU/CSU)	69, 70
Clemens (CDU/CSU)	101, 102	Müller (Düsseldorf) (SPD)	65, 66
Dr. Czaja (CDU/CSU)	52, 90	Müntefering (SPD)	88, 89
Deres (CDU/CSU)	67, 68	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	61, 62
Dolata (CDU/CSU)	17, 18	Frau Odendahl (SPD)	78
Eigen (CDU/CSU)	94, 95	Frau Potthast (DIE GRÜNEN)	20, 21
Ewen (SPD)	30	Dr. Scheer (SPD)	48, 49
Frau Geiger (CDU/CSU)	33, 34	Schily (DIE GRÜNEN)	15, 19
Gilges (SPD)	99, 100	Schmidbauer (CDU/CSU)	73, 74
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	57, 58	Schneider (Berlin) (DIE GRÜNEN)	45, 79
Heyenn (SPD)	12, 13	Seesing (CDU/CSU)	75, 76
Hinsken (CDU/CSU)	31, 32	Sielaff (SPD)	8, 9
Dr. Hüsch (CDU/CSU)	50, 51	Dr. Sperling (SPD)	82, 83
Dr. Hupka (CDU/CSU)	46, 47	Dr. Spöri (SPD)	6, 7
Dr. Jannsen (DIE GRÜNEN)	59, 60	Stahl (Kempen) (SPD)	42, 43
Kalisch (CDU/CSU)	63, 64	Graf Stauffenberg (CDU/CSU)	92, 93
Kirschner (SPD)	14, 103	Dr. Steger (SPD)	35, 77
Klein (Dieburg) (SPD)	36	Frau Steinhauer (SPD)	40, 41
Dr. Klejdzinski (SPD)	10, 11	Stiegler (SPD)	29

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Stutzer (CDU/CSU)	22, 23	Frau Weyel (SPD)	16, 91
Uldall (CDU/CSU)	84, 85	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	86, 87
Vahlberg (SPD)	37, 44	Würtz (SPD)	1
Weinhofer (SPD)	38, 39		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	16

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Denkt der Bundeskanzler an eine Neugliederung der Bundesregierung, und wenn ja, wie soll dies geschehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

2. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Trifft die Behauptung der DDR-Nachrichtenagentur ADN zu, daß aus der Bundesrepublik Deutschland nur weniger als 65 v. H. der von der DDR-Organisation Jugendtourist angebotenen Reisemöglichkeiten in die DDR genutzt worden seien, und welche Gründe gibt es gegebenenfalls für eine nicht volle Ausnutzung dieser Angebote?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

3. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welchen Kontrollen und gesetzlichen Vorschriften ist derjenige in der Bundesrepublik Deutschland unterworfen, der beabsichtigt, genetisch manipulierte Bakterien in die Umwelt freizusetzen?
4. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Projekte der Sicherheitsforschung und der Technologiefolgenabschätzung für die Entwicklung und Anwendung gentechnischer Verfahren sind seit 1978 von der Bundesregierung gefördert worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

5. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN) Bestehen bei der Bundesregierung Pläne, den NATO-Truppenübungsplatz Bergen-Hohne nun auch noch für nächtliche Schießübungen mit dem Tornado zu nutzen, und was meint die Bundesregierung zu den Aussagen Oberstleutnants Forker vom Luftwaffenamt Köln, das Gelände sei zur Zeit dermaßen ausgebucht, „daß kaum Kapazitäten für die Luftwaffe vorhanden sind“ (Cellesche Zeitung vom 9. November 1983)?
6. Abgeordneter
Spöri
(SPD) Hat die Bundesregierung Kenntnis über die geplante zeitliche Staffelung der Nachrüstungstermine an den Pershing II-Standorten in der Bundesrepublik Deutschland?
7. Abgeordneter
Spöri
(SPD) Zu welchem geplanten Zeitpunkt wird der Nachrüstungsbeschluß des Deutschen Bundestages vom Dienstag, dem 22. November 1983, am bisherigen Pershing I-Standort Heilbronn mit der Stationierung von Pershing II-Raketen vollzogen?

8. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die US-Regierung ihre Mitglieder im Senat über die Stationierungsorte von Pershing II und Cruise Missiles informiert und diese Standorte auch in den Protokollen festgehalten sind, und warum informiert die Bundesregierung dann weder die Abgeordneten des Deutschen Bundestages noch die Öffentlichkeit über die Stationierungsorte der Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland?
9. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Welchen Sinn hat nach Ansicht der Bundesregierung die Informationsverweigerung über die Standorte der Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland, wenn es möglich ist, sich über den Umweg über die USA diese Informationen zu beschaffen?
10. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Soldaten in Uniform z. B. an Parteiveranstaltungen als politisch Interessierte teilnehmen (so geschehen am 17. November 1983 in Gegenwart des Bundesministers der Verteidigung), und wenn ja, wie vereinbart sich dieses Auftreten der Soldaten in Uniform mit der Erlaßlage, die aktiven Soldaten eine politische Betätigung in Uniform untersagt?
11. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Reservisten, die zu dem Zeitpunkt keine Wehrübung ableisten, formal nicht den einschränkenden Bestimmungen des Erlasses „Politische Betätigung von Soldaten, insbesondere bei Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen“ — veröffentlicht im Ministerialblatt des Bundesministers der Verteidigung, 1980, Seite 533 ff. — unterliegen, und in welcher Weise hat die Bundesregierung diese Lücke im derzeit gültigen Erlaß geschlossen, wie es in einem Schreiben des Bundesministers der Verteidigung vom 6. Mai 1983 angekündigt wurde?
12. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß kommunale Abgeordnete der Grünen auf Grund ihrer politischen Arbeit beruflichen Schwierigkeiten in der Bundeswehr ausgesetzt sind, und wenn ja, wie wird sie darauf reagieren?
13. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung unternehmen, um für die Zukunft sicherzustellen, daß Benachteiligungen von Bundeswehrsoldaten wegen politischer Aktivitäten — zum Beispiel gegen die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles — außerhalb des Dienstes unterbleiben?
14. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Gilt das im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Artikel 5 verbrieft Grundrecht der freien Meinungsäußerung nicht mehr für Soldaten der Bundeswehr, die, wie im Falle des Hauptmanns Carl Alfred Fechner, Kompaniechef in Immendingen, der wegen seines Engagements gegen eine mögliche Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa bei voller Beachtung von § 10 Abs. 6 und § 17 Abs. 2 Satz 2 Soldatengesetz mit einer Disziplinarmaßnahme (strenger Verweis) belegt wurde, mit Bestrafung rechnen müssen?

15. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e. V.“, daß die Rechtslage bei Kriegsdienstverweigerungsanträgen, die nach dem 1. Juli 1983 gestellt wurden und bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes am 1. Januar 1984 noch bei den Prüfungsausschüssen und Prüfungskammern anhängig sind, unklar ist, da sie nicht von den Übergangsvorschriften des Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes erfaßt sind, und wie gedenkt die Bundesregierung diese Fälle nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes zu behandeln?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

16. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD)
- Trifft es zu, daß in der Milch von Kühen, die mit Schimmel befallenem, erdnußhaltigem Kraftfutter gefüttert werden, die vermutlich krebserregende Substanz Aflatoxin M₁ festgestellt wird, und wie beurteilt die Bundesregierung die langfristigen Gesundheitsgefahren durch die ständige Aufnahme kleiner Aflatoxinmengen, die wir mit der Nahrung aufnehmen?
17. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Problematik der Fälle, in denen Angehörige von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern „Hilfe zum Lebensunterhalt“ deshalb beanspruchen, weil die Familienväter in ihrem Heimatland Wehrdienst leisten und ihre Familien aus diesem Grund hier hilfsbedürftig werden?
18. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU)
- Wodurch ist sichergestellt, daß in solchen Fällen geprüft wird, ob Ansprüche auf Gewährung von Lebensunterhalt gegen das in Frage kommende Heimatland bestehen bzw. ob die Hilfsbedürftigkeit durch das Heimatland beseitigt werden kann?
19. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Trifft die Schätzung der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e. V.“ zu, daß es nach Inkrafttreten des Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes und der Verordnung hierzu am 1. Januar 1984 noch bis ca. Mai 1984 dauern wird, bis die Ausschüsse und Kammern für Kriegsdienstverweigerer konstituiert werden und ihre Arbeit aufnehmen können?
20. Abgeordnete
Frau
Potthast
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung nicht auch der Ansicht, daß das ungeborene Leben am besten dadurch geschützt wird, daß Maßnahmen für eine ausreichende Versorgung für Mutter und Kind — d. h. sozialpolitisch flankierende Maßnahmen — getroffen werden, die allerdings in krassem Widerspruch zu den Kürzungen im Haushaltsbegleitgesetz 1984 stehen würden?
21. Abgeordnete
Frau
Potthast
(DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung es nicht als ihren Gesetzesauftrag an, wenn sie — ich zitiere Dr. Kinkel — Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen als „einen wesentlichen Beitrag zum Schutz des ungeborenen Lebens“ und eine bessere Hilfe für Schwangere als dringlich notwendig ansieht, um sowohl die zur

Zeit bedrohte Finanzierung von Beratungsstellen wie Pro-Familia aus Bundesmitteln zu sichern als auch weitgehende Maßnahmen zur Sexualaufklärung, insbesondere von Jugendlichen, zu fördern?

22. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie viele Medikamente dürfen ab 1. Juli 1984 in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr vertrieben werden, und welche der zehn häufigsten dieser Medikamente sind in Tierversuchen mit dem Ergebnis erprobt worden, daß keine Bedenken bestehen, sie in den Handel einzuführen?
23. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Bei welchen der zehn häufigsten bisher im Tierversuch getesteten Medikamente hat sich in den letzten fünf Jahren gezeigt, daß die bei Tieren gewonnenen Erkenntnisse nicht ohne weiteres auf den Menschen übertragen werden können, und welche Schäden sind durch derartige Fehleinschätzungen eingetreten?
24. Abgeordneter
Breuer
(CDU/CSU) Welchen Verbänden wird unter welchen Umständen in der „Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof zur Jahresrechnung 1981 des Bundes“ (Drucksache 10/574) im Kapitel 28.3 die Fehlverwendung von Mitteln des Bundesjugendplanes für eine Busfahrt zu einer Demonstration bzw. die Verwendung von Mitteln für Flugblätter gegen die Bundesregierung vorgeworfen?
25. Abgeordneter
Breuer
(CDU/CSU) Welchen Verbänden werden darüber hinaus unter welchen Umständen in der „Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof zur Jahresrechnung 1981 des Bundes“ (Drucksache 10/574) im Kapitel 28.3 die unvermeidbaren Kostenaufwendungen für Reisen von Verbandsfunktionären zu einer Weltkinderkonferenz in der Sowjetunion, zu Gesprächen mit Politikern in Südamerika sowie zur Teilnahme an einem internationalen Abrüstungsseminar vorgeworfen?
26. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Ärzte nur in unzureichendem Maße über Kenntnisse auf dem Gebiet der Katastrophenmedizin verfügen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

27. Abgeordneter
Buckpesch
(SPD) Hält es die Bundesregierung für möglich, daß bei Ersatzbeschaffungen für die EDV-Anlagen oder die Fernmeldeeinrichtungen des Deutschen Wetterdienstes bzw. des Geophysikalischen Beratungsdienstes der Bundeswehr aus Gründen der Wirtschaftlichkeit Einrichtungen und Teile des Deutschen Wetterdienstes aus Offenbach am Main zum Geophysikalischen Beratungsdienst nach Traben-Trarbach verlegt werden, oder ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß auf keinen Fall durch solche Verlagerungen der zivile Wetterdienst der Bundesrepublik Deutschland — auch aus Gründen der internationalen Zusammenarbeit — in seiner Selbständigkeit und Bedeutung beeinträchtigt werden darf?

28. Abgeordneter
Buckpesch
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich an den Kosten der Verlängerung der Leitdämme des Hafens Norddeich zu beteiligen, da nur diese Maßnahme nach Ansicht der Fachleute eine wirtschaftliche Lösung zur tide-unabhängigen Verbindung zwischen Norddeich und Norderney darstellt und die Bundesregierung — obwohl nicht zuständig — an dieser Lösung interessiert sein muß, da hierdurch zukünftig Baggerarbeiten entfallen könnten?
29. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- In welcher Weise geht die Bundesregierung zum Schutz seriöser Reisebüros und der großen Mehrheit der Verbraucher gegen den Flug-Ticket-Schwarzmarkt vor, und wie bemüht sie sich international um die Begrenzung solcher Verstöße?
30. Abgeordneter
Ewen
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung gegen Händler von Schwarzmarkttickets, die Reisebüros ausdrücklich darauf hinweisen, daß Passagiere bei möglichen Befragungen durch Kontrolleure des Bundesverkehrsministeriums am Frankfurter Flughafen nicht den tatsächlichen, sondern den betrügerisch im Flugschein ausgewiesenen Flugpreis nennen müssen, und sieht sie Möglichkeiten, den Verkauf von Flugtickets strikt zu lizenzieren, um so Verstöße verhindern zu können?
31. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung für die Beseitigung der schon über zwei Jahre dauernden Wettbewerbsverzerrungen im grenzüberschreitenden Straßen-güterverkehr mit Österreich zu tun?
32. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, falls weitere Verhandlungen mit Österreich zu keinen befriedigenden Ergebnissen führen, das Kraftfahrzeugsteuer-Befreiungsabkommen mit der Republik Österreich, sowie das Salzburg-Lofer-Abkommen vom 14. September 1955 zu kündigen, um dann durch Neuverhandlungen finanziell tragbare Lösungen im Sinne des deutschen Transportgewerbes zu erreichen?
33. Abgeordnete
Frau
Geiger
(CDU/CSU)
- Wäre es möglich, für die Zeit, in der Kraftfahrzeuge noch nicht mit Katalysatoren ausgerüstet sind und mit bleifreiem Benzin fahren können, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Bundesstraßen und Autobahnen einzuführen?
34. Abgeordnete
Frau
Geiger
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung aus dem Umweltschutzhearing im Innenausschuß des Deutschen Bundestages Erkenntnisse darüber gewonnen, in welchem Maß die Schadstoffemissionen bei Kraftfahrzeugen im Durchschnitt zwischen 80 und 100 Stundenkilometern, zwischen 100 und 130 Stundenkilometern und zwischen 130 und 180 Stundenkilometern ansteigen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
35. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Verfügt die Bundesregierung über Kenntnisse, welche Schadstoffbelastungen in der Bundesrepublik Deutschland durch den Flugverkehr verursacht werden, und beabsichtigt sie, Grenzwerte für den Schadstoffausstoß, vor allem beim Start von großen Düsenflugzeugen, vorzuschlagen?

36. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es Führerscheinbewerbern, die im bayerisch-hessischen Grenzbereich wohnen, von bayerischen Landratsämtern verwehrt wird, die Führerscheinprüfung in Hessen abzulegen, während Bewerber im bayerisch-württembergischen Grenzbereich ohne Einschränkung in Baden-Württemberg geprüft werden können, und kann die Bundesregierung darauf hinwirken, daß der § 11 der Straßenverkehrszulassungsordnung, der den Prüfungsort anspricht, bundeseinheitlich so angewandt wird, daß Führerscheinbewerber, die in der Nähe eines anderen Bundeslandes wohnen, in dem benachbarten Bundesland ihre Prüfung ablegen können?
37. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Wieviel Hektar Wald wird in der Bundesrepublik Deutschland verlorengehen, wenn alle Maßnahmen der Baustufe I a/I b im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen realisiert werden, und gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, angesichts der starken Zunahme der Waldschäden diesen Ausbau zu überdenken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

38. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD)
- Welche Perspektiven und welche Hilfen hat die Bundesregierung für die ca. 280 Ausbildungsplatzbewerber (davon über 220 Mädchen) in der Region Ingolstadt anzubieten, die bis heute ohne Ausbildungsplatz sind und für die das „Sonderprogramm Ausbildungsplätze“ vorerst keine Möglichkeit zur Hilfe vorsieht?
39. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD)
- Ist damit zu rechnen, daß zu irgendeinem Zeitpunkt auch Ausbildungsplatzbewerber aus den Arbeitsamtsbezirken, die bisher nicht unter § 1 Abs. 2 der gemeinsamen Richtlinien des BMBW und BMA fallen, eine Förderung nach diesem Sonderprogramm erhalten?
40. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch das Sonderprogramm der Bundesregierung für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz vom 4. Oktober 1983 die Gefahr besteht, daß bewährte Berufsfachschulen ihren Stellenwert verlieren werden, weil man bei einem außerbetrieblichen Träger — insbesondere in kaufmännischen Berufen — eine vergleichbare Ausbildung mit Berufsabschluß erhalten kann?
41. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Wäre es angesichts der Ausbildungsnot der Jugendlichen nicht angezeigt, die Erfahrungen der beruflichen Schulen zu nutzen und ohne Diskussion über das duale System wenigstens vorübergehend die Abschlüsse an festzulegenden Berufsfachschulen (z. B. wie in Bremen) als Berufsausbildungsabschlußprüfung gemäß § 43 Berufsbildungsförderungsgesetz (BerBiFG) anzuerkennen?

42. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt und hält sie es für gerecht, daß Schüler der 11. Klasse der gymnasialen Oberstufe keine finanzielle Unterstützung nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz (BAföG) mehr gewährt wird, auch wenn sie ohne eigenes Verschulden das Klassenziel — z. B. durch längere Krankheit, die ärztlich bestätigt ist — nicht erreichen?
43. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung — um mehr Gerechtigkeit für Härtefälle nach dem BAföG-Gesetz zu schaffen, und um den Gang der Familien zum Sozialamt der Städte und Gemeinden zu vermeiden — eine Überprüfung der jetzigen Bestimmungen vornehmen und eine Neufassung vorlegen?
44. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich an den Hilfsaktionen der Kommunen, Kirchen und anderer Initiativen für in Not geratene iranische Studenten finanziell zu beteiligen, da laut Antwort der Bundesregierung vom 26. September 1983 auf meine schriftliche Frage vom 16. September 1983 (Drucksache 10/436, Frage 99) eine Hilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz nicht möglich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

45. Abgeordneter
Schneider
(Berlin)
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Wahlen vom 6. November 1983 in der Türkei im Hinblick auf eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Tatsache, daß — neben einer großen Anzahl anderer Parteien — die beiden Parteien, die bisher über 80 v. H. der türkischen Wähler auf sich vereinigten (Sozialdemokraten und Gerechtigkeitspartei), überhaupt nicht an der Wahl teilnehmen durften und nach wie vor verboten sind?
46. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Hat sich in Rumänien auf Grund der KSZE-Schlußakte und des Kommuniqués zum Abschluß des Madrider Nachfolgetreffens eine Verbesserung bezüglich der Gewährung einer Heiratserlaubnis ergeben, oder ist nach wie vor richtig, wie es in einem Merkblatt unserer Botschaft in Bukarest heißt, daß „Wartezeiten bis zu 18 Monaten oder länger nicht ungewöhnlich sind“?
47. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Gründe für die Rückläufigkeit und die zunehmenden Erschwernisse von Ausreisen der Deutschen durch polnische Behörden sind der Bundesregierung bekannt, und was gedenkt sie angesichts dieses Sachverhaltes zu tun?
48. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die UdSSR ihre in der Öffentlichkeit angekündigten Vorschläge zur Reduzierung ihrer nuklearen Mittelstreckenwaffen in der Substanz auch am Genfer Verhandlungstisch gemacht hat?

49. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, Behauptungen einzelner Mitglieder der Bundesregierung entgegenzutreten, wonach die öffentlichen Abrüstungsangebote der UdSSR von den am Genfer INF-Verhandlungstisch unterbreiteten Vorschlägen in der Substanz abweichen und deswegen als bloße Propaganda zu bewerten seien?
50. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu den Behauptungen vor, daß kurz vor dem Gipfeltreffen der drei ostafrikanischen Präsidenten in Arusha politische Flüchtlinge, Opponenten und Exilierte gegenseitig überstellt worden seien?
51. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Behauptung, daß in den drei ostafrikanischen Ländern Kenia, Tansania und Uganda künftig kein Platz für Dissidenten sei, und welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung insbesondere auf den Zustrom neuer Asylanten in die Bundesrepublik Deutschland?
52. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Welche Nachrichten liegen der Bundesregierung nach den jüngsten Entscheidungen der NATO hinsichtlich von Rückwirkungen aus dem sowjetisch-finnischen Freundschaftsvertrag vor (vgl. FAZ 23. November 1983), der vor einigen Wochen bis über das Jahr 2003 verlängert wurde und eine Konsultationsklausel im Zusammenhang mit einer angeblichen Bedrohung Finnlands seitens des Völkerrechtssubjekts Deutschland oder seiner Verbündeten enthält?
53. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) In welcher Weise fördert die Bundesregierung deutsche Samstagsschulen im Ausland, besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika, mit denen Deutsche und Deutschstämmige versuchen, ihren Kindern deutsche Sprache und Kultur zu vermitteln und ist gegebenenfalls beabsichtigt, künftig diese privaten Einrichtungen stärker zu fördern?
54. Abgeordneter
Klose
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die von Honduras aus auf nicaraguanisches Territorium getragenen US-unterstützten militärischen Angriffe?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

55. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente anstelle oder neben der Wiederaufarbeitung als Nachweis einer gesicherten Entsorgung anzusehen, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Frage der Wirtschaftlichkeit?
56. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Tritt die Bundesregierung dafür ein, daß das in Vorbereitung befindliche Gemeinschaftswerk „Stiftung Wald in Not“ überparteilich und allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen offensteht, um auf diese Weise eine breite Unterstützung der Bevölkerung für diese Einrichtung zu gewährleisten?

57. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-
Brücher
(FDP) In welchen Punkten unterscheidet sich der neue Bericht des UN-Flüchtlingskommissars über die Situation in Asylantenlagern substantiell von dem ersten?
58. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-
Brücher
(FDP) Welches sind die wichtigsten Kritikpunkte, die sowohl im ersten als auch im zweiten Bericht genannt werden, und wie bewertet die Bundesregierung diese Beanstandungen?
59. Abgeordneter
Dr. Jannsen
(DIE GRÜNEN) Welche Kriterien müssen Organisationen und/oder Initiativen erfüllen, um im Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern als DKP-beeinflußte Organisationen, unter der Rubrik „Volksfront-Politik“ und darüber hinaus in der Rubrik „Orthodoxe Kommunisten“ registriert zu werden, insbesondere unter Abwägung des Gesichtspunktes, daß in demselben Verfassungsschutzbericht rechtsradikale Organisationen wie die Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit gestrichen werden soll oder über das Wirken anderer rechtsextremistischer Gruppen nur ein sehr lückenhafter Überblick gegeben wird?
60. Abgeordneter
Dr. Jannsen
(DIE GRÜNEN) Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß der Kölner Kongreß der „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“ von den Landesverbänden Hamburg und Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) veranstaltet worden ist, und wird daher im Verfassungsschutzbericht 1983 auch die GEW als Einflußorganisation kommunistischer Bündnispolitik bezeichnet?
61. Abgeordnete
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, um die Initiative „Pädagogen gegen den Rüstungswahnsinn“ als „fach- und berufsspezifisches Unterstützungsforum“ für kommunistische Friedensaktivitäten zu deklarieren, und ist die Bundesregierung bereit, diese Behauptung im Verfassungsschutzbericht 1983 zu revidieren?
62. Abgeordnete
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN) Hat die Bundesregierung zukünftig die Absicht, alle diejenigen Bürgerinitiativen in Zusammenhang mit angeblicher kommunistischer Volksfrontpolitik zu bringen, zu deren Veranstaltungen und Treffen die DKP oder die Zeitung „Unsere Zeit“ aufrufen, wie dies die Methode des Kapitels 2.2 im Verfassungsschutzbericht 1982 (Seiten 57 bis 62) nahelegt?
63. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU) Was ist der Bundesregierung über die Zielsetzung der von dem sogenannten „Koodinierungsausschuß“ angekündigten „Nationalen Widerstandstagen“ im Dezember 1983 und Januar 1984 und über den linksextremistischen Einfluß auf diese Aktionen und die daran Beteiligten bekannt?
64. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die kommunistische SDAJ sich nicht ohne Erfolg um Einfluß auf einen sogenannten „Ersten bundesweiten Schülerkongreß“ bemüht, der Mitte Dezember unter dem Motto „Schülerpower gegen Raketenbauer“ in Köln stattfinden soll?

65. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Welche Auswirkungen ergeben sich aus dem langanhaltenden Niedrigwasserstand des Rheins auf die Trinkwasserversorgung der Anliegergemeinden, und wie steht die Bundesregierung zu der Forderung der Anliegergemeinden der Rheinwasserwerke, einen Notplan für Niedrigwasserführung des Rheins zu erstellen?
66. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Wie hoch ist bei dem Niedrigwasserstand des Rheins die Entwicklung der Schadstoffbelastung, insbesondere der Salzbelastung, und welche Auswirkungen ergeben sich daraus für die Nutzung des Rheinwassers und des Uferfiltrats?
67. Abgeordneter
Deres
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob und wie weit die Trinkwasserversorgung am Rhein durch die niedrige Wasserführung des Rheins als Folge der derzeitigen Trockenheit gefährdet ist?
68. Abgeordneter
Deres
(CDU/CSU)
- Wie ist derzeit der Stand der Überlegungen über eine Novellierung des Abwasserabgabengesetzes (AbwAG), nachdem der Bundesminister des Innern im August 1983 den Erfahrungsbericht zum AbwAG dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages vorgelegt und angekündigt hat, mit den Bundes- und Länderressorts, den kommunalen Spitzenverbänden und den beteiligten Kreisen in eine Diskussion über mögliche Änderungen des AbwAG einzutreten?
69. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Schritte unternommen, die Probleme der Gewässerbelastung mit kritischen Stoffen zu verringern, insbesondere etwa durch Erweiterung von § 7 a Wasserhaushaltsgesetz (WHG), damit bei Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung solcher Stoffe im Wasser stets der Stand der Technik beachtet wird?
70. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang auch Möglichkeiten, die Gewässerverschmutzung durch kritische Stoffe, die in öffentliche Kanalisationen eingeleitet werden, zu verringern?
71. Abgeordneter
Dr. Blank
(CDU/CSU)
- Worin sieht die Bundesregierung die Schwerpunkte ihrer Initiativen zum Schutz der Nordsee vor Verschmutzung?
72. Abgeordneter
Dr. Blank
(CDU/CSU)
- Wie ist der Stand der Vorbereitungen der von der Bundesregierung vorgesehenen Internationalen Nordseeschutz-Konferenz?
73. Abgeordneter
Schmidbauer
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, daß bereits vor dem von ihr vorgesehenen Termin 1. Januar 1986 mit Katalysatoren ausgerüstete Fahrzeuge auf dem deutschen Markt angeboten werden können?
74. Abgeordneter
Schmidbauer
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt der Bundesminister des Innern, eine Vorreiterrolle bei Beschaffung und Einsatz umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge durch die öffentliche Hand wahrzunehmen?

75. Abgeordneter
Seesing
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Möglichkeiten, das Umweltbewußtsein zu fördern, insbesondere durch eine verstärkte Einführung von Umweltthemen in den Schulunterricht?
76. Abgeordneter
Seesing
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten bestehen für die Öffentlichkeit, das Informations- und Dokumentationssystem Umwelt (UMPLIS) des Umweltbundesamtes zu benutzen?
77. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen (Bonner Energiereport vom 23. November 1983), wonach der Bundesminister des Innern im Zusammenhang mit dem Export eines Kernkraftwerkes in die Türkei Nebenabsprachen über Waffenexporte und Behandlung von türkischen Asylbewerbern getroffen hat, und worin bestanden gegebenenfalls diese Abmachungen?
78. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD) Wie hoch ist die Zahl der Frauen, die seit dem 1. Januar 1983 durch die Bundesbehörden eingestellt worden sind, und in welchen Positionen arbeiten sie?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

79. Abgeordneter
Schneider
(Berlin)
(DIE GRÜNEN) Welche konkreten Auswirkungen hat die politische Beurteilung der Wahlen in der Türkei vom 6. November 1983 auf die künftige Auslieferungspraxis der Bundesregierung?
80. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Trifft die Erwartung in einem Kommentar der Welt vom 22. November 1983 zu, daß die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Flick-Ermittlungsverfahren das Bundesverfassungsgericht anrufen wird, weil sie ein objektives Verfahren wegen Veröffentlichungen nicht für möglich hält, und wie ist die dort wiedergegebene Äußerung von Bundeskanzler Dr. Kohl zu verstehen: „Die Vorverurteilungen lassen zweifeln, ob ein unabhängiges und unbeeinflußtes (gemeint ist: gerichtliches) Verfahren möglich ist.“?
81. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Befürchtet die Bundesregierung nicht, daß in der Öffentlichkeit der für unsere Demokratie außerordentlich schädliche Eindruck entstehen könnte, daß durch solche Äußerungen des Bundeskanzlers oder das geplante Anrufen des Bundesverfassungsgerichts entweder die Bundesregierung, allen voran der Bundeskanzler, die Unabhängigkeit der deutschen Justiz in Zweifel zieht, oder daß die Bundesregierung und der Bundeskanzler die gerichtliche Aufklärung der Flick-Bestechungsverfahren gegen Mitglieder seiner Regierung verzögern und behindern wolle?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

82. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Treffen Pressemeldungen (s. SZ 15./16. November 1983) zu, daß das Bundesbauministerium mehrfach darauf hingewiesen hat, daß das Auslaufen des Heizenergiesparprogramms nur die Besitzer selbstgenutz-

- ten Wohneigentums trifft, während Besitzer vermieteten Wohnraumes die Kosten von Modernisierungs- und heizenergiesparenden Maßnahmen größtenteils als Erhaltungsaufwand steuerlich geltend machen können?
83. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die damit verbundene Benachteiligung selbstgenutzten Wohneigentums, und wann wird sie Vorschläge zur Beseitigung dieser Benachteiligung vorlegen?
84. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Beteiligung von bundeseigenen Unternehmen an anderen Unternehmen im Ausland?
85. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU) Welche Auswirkungen haben die jetzt in der Presse gemeldeten Verluste eines bundeseigenen Unternehmens in den USA auf den Bundeshaushalt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

86. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Bestätigt die Bundesregierung verbindlich, daß mit den Beschlüssen des Aufsichtsrates der Ruhrkohle AG vom Buß- und Bettag am 16. November 1983 eine neue „Auffanglinie“ für die Bergbauförderung erreicht und dadurch der Absatz mittel- und langfristig stabilisiert wird?
87. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung nach der verantwortungsbewußten Demonstration der Betriebsräte und Mitarbeiter der Firma Klöckner-Becorit am 11. November 1983 in Bonn zu tun, um der Bergbauzuliefererindustrie zu helfen, deren Arbeitsplätze zu sichern oder von Anpassungsmaßnahmen betroffene Arbeitnehmer abzusichern?
88. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Trifft es zu, daß die zuständige Messegesellschaft als Beauftragte des Bundeswirtschaftsministeriums bei mehreren ausländischen Fluggesellschaften ein Preisangebot für 70 bis 80 Flüge zur „Deutschen Leistungsschau 84“ in Japan erbeten hat, und hat sie auch bei der Deutschen Lufthansa nachgefragt?
89. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Denkt die Bundesregierung daran, selbst unzulässige Billigtarife in Anspruch zu nehmen oder hofft sie, mit ihrer Anfrage bei fremden Fluggesellschaften so präzise Einsicht in deren Preiskalkulation zu erhalten, daß sie anschließend der IATA eine Angleichung ihrer Preise an das Niveau preisgünstigerer Fluggesellschaften empfehlen kann?
90. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das neueste, auch in Agenturmeldungen bekanntgemachte Angebot des norwegischen Ministerpräsidenten Willoch, den EG-Ländern in erheblich verstärktem Umfang Erdgas zu liefern, um, wie er ausführte, deren einseitige Abhängigkeit von der Sowjetunion zu vermeiden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

91. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD) Wird die Bundesregierung — wie in der Schweiz — die Verfütterung von Erdnußschrot, das als besonders aflatoxingefährdet gilt, an Kühe verbieten und eine Höchstmenge von 0,05 µg pro kg Rohmilch festsetzen, um vorsorglich den möglichen Gefahren einer Aflatoxin-Kontamination des Grundnahrungsmittels Milch zu begegnen?
92. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Welche Schlußfolgerungen zur Begegnung des Waldsterbens zieht die Bundesregierung aus der bundesweiten Aufnahme der Waldschäden und den beiden parlamentarischen Anhörungen vor dem Innenausschuß und dem Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages?
93. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Welche kurzfristig wirksamen Maßnahmen einschließlich eventuell sofort wirksamer Übergangsregeln plant oder prüft die Bundesregierung?
94. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Unterschiede bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung in den Produktions- und Vermarktungskosten für Schweine zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden?
95. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in Brüssel bei der Europäischen Gemeinschaft dafür Sorge zu tragen, daß die Wettbewerbsverzerrungen durch das WIR-Programm in den Niederlanden, das Investitionen auch in der Landwirtschaft erheblich bezuschußt, endlich beseitigt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

96. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) Ist es mit der von der Bundesregierung propagierten „geistig-moralischen Erneuerung“ und dem Selbstverständnis eines „Sozialministers“ vereinbar, wenn der Bundesarbeits- und „Sozialminister“ einer auf Grund zweier Krebsoperationen und anderer Gebrechen zu 90 v. H. behinderten Mutter eines 16jährigen noch die Schule besuchenden Sohnes auf einen ihn um Hilfe bittenden Brief antwortet: „Ihre Eingabe vom 23. August 1983 habe ich zuständigkeitshalber an den Bundesminister des Innern (?) weitergeleitet. Sie werden von dort weitere Nachricht erhalten.“, diese Mutter dann aber am 15. September 1983 vom Bundesjustizminister (?) die Antwort erhält: „Auf Ihr Schreiben vom 23. August 1983 teile ich mit, daß es nicht zu den Aufgaben der Bundesregierung gehört, für den einzelnen Bürger einen Haushaltsplan aufzustellen. Jedermann muß vielmehr selbst entscheiden, wie er das ihm zur Verfügung stehende Einkommen einteilt.“?

97. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) Ist die Bundesregierung nicht auch der Meinung, daß das Anliegen dieser Bittstellerin, die mit monatlich 488 DM für Ernährung, Kleidung und Körperpflege auskommen muß, so viel wert gewesen wäre, daß der Sozialminister jemanden mit der Prüfung von Möglichkeiten beauftragt hätte, wie ihr geholfen werden könnte oder die zuständige Stadtverwaltung gebeten hätte, etwaige Hilfsmöglichkeiten für die Frau zu prüfen?
98. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der ärztliche Sicherstellungsauftrag auch Hilfe für Patienten in Ausnahmesituationen beinhaltet und eine Ablehnung von Fortbildungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Katastrophenmedizin ein Pflichtversäumnis des Arztes bedeutet, mit der Folge einer Überprüfung seiner Kassenzulassung?
99. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Wie viele Ausbildungsplätze konnten durch die „Verordnung zur Verbesserung der Ausbildung Jugendlicher“ vom 1. August 1983 zusätzlich zur Verfügung gestellt werden?
100. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Kritik der Verbände und Organisationen anlässlich der Anhörung zum Entwurf eines Vorschlages der Bundesregierung zum Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Jugendarbeitschutzgesetzes ziehen?
101. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung neben der zukünftigen Vorruhestandsregelung die Vorschrift des § 128 AFG beizubehalten, obwohl die den Arbeitgebern auferlegte Verpflichtung zur Leistungserstattung an die Bundesanstalt für Arbeit bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit, insbesondere in mittelständischen Unternehmen dazu führt, statt der 59jährigen, jüngere Mitarbeiter zu entlassen?
102. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß die Befreiungsklausel des § 128 Abs. 4 AFG, insbesondere auf Grund des in der Praxis schwer zu handhabenden unbestimmten Rechtsbegriffes der unzumutbaren wirtschaftlichen Belastung zu ungerechten Ergebnissen für Mittel- und Kleinbetriebe im Vergleich zu derzeitig mit Verlust arbeitenden Großkonzernen führt?
103. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie lange ist die durchschnittliche Dauer zwischen Klageeinreichung und Eröffnung des Verfahrens in der ersten Instanz vor den deutschen Arbeitsgerichten?

Bonn, den 25. November 1983

